

# Der demographische Balanceakt

## Den Entwicklungsländern droht Altersarmut

Der Anteil der alten Menschen nimmt dramatisch zu / Staatliche Alterssicherung ist nur den Oberschichten zugänglich.

Patentrezepte gegen das drohende Elend gibt es keine, dafür hat das Problem zu viele Facetten. Leisinger empfiehlt den Entwicklungsländern, nach dem Vorbild vieler Industrieländer Rentenversicherungssysteme einzurichten, bei denen eine staatliche Grundsicherung durch Betriebsrenten und private Ersparnisse ergänzt werden. Dabei könne die staatliche Komponente aber wirklich nur eine Mindestsicherung umfassen; an mehr sei angesichts der geringen Wirtschaftskraft der Entwicklungsländer nicht zu denken. Leisinger zweifelt ohnehin daran, dass die Menschen dazu zu bewegen sind, ihr Geld in staatliche Pensionskassen einzuzahlen. In vielen Ländern hätten die Menschen mit dem Staat so schlechte Erfahrungen gemacht, dass sie sich heftig sträubten, ihm ihr Geld anzuvertrauen.

Es sind aber nicht nur die Rentensysteme der Entwicklungsländer, die wegen der alternden Bevölkerung vor tiefgreifenden Veränderungen stehen. "Der demographische Wandel wird auch das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beeinflussen", sagt der Mannheimer Ökonom Axel Börsch-Supan. Der Wandel der Bevölkerungsstruktur der Welt berge indes nicht nur Gefahren. Vorteile ergäben sich daraus, dass die Bevölkerung in den Entwicklungsländern - trotz zunehmender Alterung - noch einige Zeit weiter wachsen wird. Dadurch werde es genügend Arbeitskräfte, aber zu wenig Kapital geben - und gerade in diesen zunehmenden Unterschieden sehen Ökonomen Chancen: Chancen für die Bewegung von Kapital aus den Industrie- in die Entwicklungsländer, für die Immigration von Arbeitskräften aus den Entwicklungs- in die Industrieländer und schliesslich für den Austausch von Gütern.

"Es ist eine der wichtigen Botschaften für das neue Jahrhundert, dass der demographische Wandel die Chancen und die Erfolgsmöglichkeiten für den Handel verstärken wird", sagt Börsch-Supan. Aber dafür müssten die Industrieländer mehr Einwanderung zulassen, und sie müssten ihre Märkte stärker für die Produkte aus den Entwicklungsländern öffnen. Die politischen Grenzen für die Realisierung der Chancen, die sich aus dem demographischen Wandel ergeben, scheinen recht eng gesteckt.

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 06.08.2002